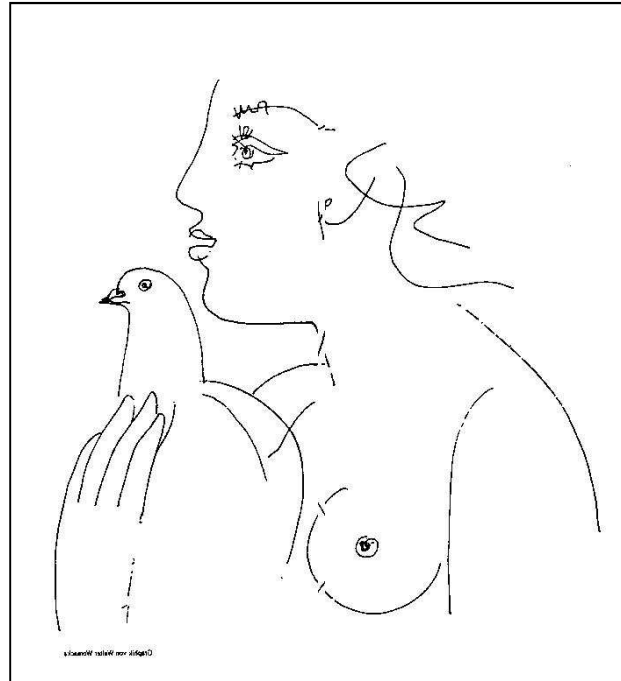


Nr. 162



Die Krise hat den Kapitalismus, die ihm eigen ist, fest im Griff. Bürgerliche Presseorgane beklagen den gegenwärtigen Zustand der kapitalistischen Gesellschaft. Wehklagen über die „stagnierende Ökonomie“ ist zu vernehmen. Von „allgemeiner Unsicherheit“ wird gesprochen. „Heute redet keiner mehr von den segensreichen Wirkungen des freien Kapitalverkehrs, heute lautet das Thema ‚säkulare Stagnation‘“, so der frühere US-Finanzminister Summers. (1) Die weltweite Stagnation, die im Dollar- und im Euro-Bereich vorherrscht, betrifft allerdings nicht die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die „segensreichen Wirkungen des freien Kapitalverkehrs“ sind auf Grund der bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse keineswegs außer Kraft gesetzt. Weshalb ein Berliner Tageblatt besorgt vermerken muss: „Die westlichen Gesellschaften driften immer stärker auseinander. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich, oben und unten, vermögend und besitzlos nimmt zu.“ (2)

### **Vertiefung der sozialen Kluft**

Von der in Deutschland in den vergangenen Jahren erzielten Produktivitätssteigerung haben fast ausschließlich nur die Unternehmen und die Reichen profitiert. Von 1995 bis 2012 steigerte die Wirtschaft ihre Wertschöpfung um 37 Prozent. „Konzerne meldeten immer neue Rekordgewinne, Manager-Bezüge erreichten schwindelerregende Höhen, die Millionäre wurden trotz Krise immer reicher und zahlreicher. Die Reallöhne sanken hingegen in Deutschland...Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich infolgedessen immer weiter geöffnet“, stellt die Aktion „Umfairteilen“ fest. (3) Betrachten wir den vom Neoliberalismus bestimmten Kurs näher. Das Privatvermögen hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten fast verdoppelt. Es beträgt 10 Billionen Euro. Doch dieser Reichtum gehört zumeist einer kleinen Minderheit. Die Verteilung dieses Reichtums sieht so aus, dass ein Prozent der Bevölkerung 32 Prozent des Vermögens, also mehr als drei Billionen Euro besitzen. Die reichsten 10 Prozent besitzen sogar zwei Drittel des Vermögens. Der Hälfte

---

1 Der Spiegel, 43/2014

2 Berliner Zeitung, 21. Januar 2015

3 <http://www.umfairteilen.de/fileadriwww.umfairteilen.de/fileadri>

der Bevölkerung gehört ein Prozent des Gesamtvermögens. 1998 waren es noch vier Prozent. Ein Fünftel der Bevölkerung ist verschuldet. Die OECD berechnet diesen Vorgang so: In den 1980er Jahren besaßen die reichsten 10 Prozent fünfmal so viel wie die ärmsten 10 Prozent. Heute liege das Verhältnis bei 7:1.“ (4)

Verdi-Vorsitzender Bsirske sagt: “Die Vermögensverteilung ist krass ungleich – ein Tausendstel der Bevölkerung besitzt etwa 22 Prozent des Nettovermögens, während 50 Prozent der Bevölkerung zusammen nur auf ein Prozent kommen – und das in einer Situation, wo wichtige gesellschaftlichen Aufgaben nicht ausreichend finanziert sind.“ (5)

Einen beträchtlichen Anteil am Vermögenszuwachs verzeichnete während des bisherigen Krisenverlaufs das Finanzkapital. In Europa wurden 5,1 Billionen Euro aus Steuermitteln verausgabt, um die Banken zu stützen. Deutschlands Anteil am sogenannten Bankenrettungsfonds betrug 400 Milliarden Euro. Die Bankenchefs streichen wieder so viel ein wie zu Beginn der Krise „obwohl ein Großteil der Institute vom Staat gerettet werden musste. Die größten Großbanken sind nicht wie vorgesehen geschrumpft, sondern noch größer geworden.“ (6)

In den Konzernen der Industrie machen die Chefs weiterhin ihren Reibach. Die Unternehmenslenker streichen 147-mal so viel wie ein ungelernter Hilfsarbeiter ein. (7) Wo das aus Steuergroschen angesammelte Staatsvermögen bleibt und sich vermehrt zeigt sich auch in dem Wohlwollen, das der Staat mit der Regelung der Erbschafts- und Schenkungssteuer den Vermögenden entgegenbringt. Jährlich werden hierzulande etwa 250 Milliarden Euro vererbt. Lediglich fünf Milliarden werden als Steuer abgeführt.

Die Koalition unter Schröder hatte mit ihren Steuerreformen - u.a. Senkung des Spitzensteuersatzes und der Körperschaftssteuer - für Kapitalgesellschaften - satte Steuergeschenke für die Reichen ermöglicht. Alle in den zurückliegenden Jahren vorgetragenen Initiativen der Opposition für eine Wiedereinführung der Vermögens-

---

4 Spiegel online, 9. Dezember 2014

5 Berliner Zeitung, 25./26. Oktober 2014

6 Der Spiegel, 43/2014

7 Junge Welt, 30. September 2014

oder der Abgeltungssteuer verfielen der Ablehnung durch Bundestagsmehrheiten.

Damit die Quellen zur Vermehrung des Reichtums der Reichen auch weiterhin reichlich fließen, hat der Chef der Europäischen Zentralbank eine weitere Quelle zum Sprudeln gebracht:

1,1 Billionen Euro werden bis zum Herbst des nächsten Jahres in Umlauf gebracht, „um Staatsanleihen und andere Vermögenswerte“ aufzukaufen, um angeblich die „Wirtschaftskraft zu stärken“ sowie „Deflation“ zu verhüten und Inflation wachsen zu lassen. Ergebnis: Enorme Mittel werden nicht für Investitionen verwendet, sondern finden ihren Weg zu den Finanzmärkten. Die Spekulanten erhalten neues „Spielgeld“. An den Börsen herrscht geschäftiges Treiben. Die Aktienmärkte verzeichnen neue Rekordmarken. Erneut werden Spekulationsblasen erzeugt. „Ob die Geldschwemme etwas bringt, darüber streiten sich die Ökonomen. Unstrittig aber sind die Folgen: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer.“ (8) Für den „kleinen Mann“ schreitet die Geldentwertung voran. „Wer...sein Geld zur Bank bringt, aufs Sparbuch oder Tagesgeldkonto – und das sind in der Regel die weniger Wohlhabenden –, hat das Nachsehen: Diese Menschen müssen die Zeche bezahlen für die Verfehlungen der Vergangenheit. Für die Schulden der Staaten, die windigen Spekulationsgeschäfte der Finanzbranche und die Geldpolitik der Notenbanken.“ (9)

## **Lohnpolitischer Alltag in Deutschland**

Reichtum braucht zu seiner Anhäufung kapitalistische Ausbeutung. Eine entsprechende Lohnpolitik gehört zu ihrem Instrumentarium. Drei Faktoren beeinflussen hierzulande zweifellos das Lohnniveau. Das ist einmal die Arbeitslosigkeit als Druckmittel gegen die Beschäftigten. Das ist zum anderen der Niedriglohnsektor als Lohndrücker. Das ist weiter die Ausnutzung von Arbeitskräften aus osteuropäischen Ländern und von Zuwanderern. Und das ist nicht zuletzt die Produktionsverlagerung in Billiglohnländer. Die Profiteure des Systems bauen darauf, dass solche Faktoren eine Diszipli-

---

8 Der Spiegel, 7/2015

9 ebenda

nierung bei Beschäftigten bewirken, wenn es um den Erhalt des Arbeitsplatzes und um Lohnfragen geht.

Betrachten wir „Disziplinierungs“-Faktoren im Einzelnen:

Zum Jahresbeginn 2015 waren offiziell rund drei Millionen Arbeitslose gemeldet worden. Tatsächlich sind es fast 3,8 Millionen. Mit Hilfe statistischer Tricks wird eine Dreiviertelmillion aus den offiziellen Arbeitslosenzahlen ausgeklammert. Das sind u.a. die über 58jährigen, die aus Altersgründen aus der Statistik herausfallen. Dann „Ein-Euro-Jobber“ und erkrankte Arbeitslose sowie solche, die sich in „Fördermaßnahmen“ befinden.

Der Niedriglohnsektor wurde vor einem Jahrzehnt mit Hartz IV etabliert. Stolz verkündete später der damalige Bundeskanzler Schröder auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: „Wir haben einen funktionierenden Niedriglohnsektor aufgebaut.“ (10) Mit Hartz IV nahm der Abstieg vieler Beschäftigten ins Prekariat seinen Lauf. 23 Prozent aller Beschäftigten arbeiten in Minijobs, Leiharbeit, Teilzeit und befristeten Arbeitsverhältnissen. Nicht wenige haben kein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Kein Wunder, dass Ende 2013 über sieben Millionen Menschen, beinahe jeder zehnte, darunter viele Erwerbstätige, sogenannte Mindestsicherungsleistungen in Anspruch nehmen mussten, um überhaupt leben zu können. (11)

Eine spezielle Quelle der Profitmacherei ist die Ausbeutung von Arbeitskräften aus osteuropäischen Billiglohnländern. „Deutschland bietet für viele Formen der Knechtschaft im 21. Jahrhundert legale Fassaden, meist sind es Werkverträge und Gewerbescheine für Selbständige. Werkverträge haben für Unternehmen den Vorteil, dass die Arbeitskräfte nach den in ihrem Heimatland geltenden Lohn- und Sozialstandards entlohnt werden dürfen...“, meint „Der Spiegel“. (12) Der von der Großen Koalition beschlossene Mindestlohn wird hier trickreich und mit Bravour unterlaufen. „Niedrigst- und Niedriglöhne sowie illegale Beschäftigung (sind) nicht nur ein fester Bestandteil der deutschen Wirtschaft, sie sind sogar eine ihrer Stützen.“ (ebenda) Niedrigst- und Niedriglöhner sind gefragt,

---

10 Der Spiegel, 48/2014

11 dpa, 1. Dezember 2014

12 Der Spiegel, 48/2014

wenn es um die Errichtung kostenträchtiger Prunkbauten geht. „Und so blüht die moderne Form der Knechtschaft auch dort, wo die deutsche Gesellschaft glänzen und glitzern will: Im Europaviertel der Bankenstadt Frankfurt zum Beispiel, wo Investoren mit viel Geld einen neuen ‚Boulevard‘ mit Einkaufszentren, Nobelappartements und Büros aus dem Boden stampfen.“

Und auch dieser Faktor wirkt disziplinierend.

Der nach dem Ende des Sozialismus in Europa erfolgte Anschluss osteuropäischer Länder an die EU verschaffte deutschen Konzernen die „einzigartige Gelegenheit“, die Produktion nach dort zu verlagern, „wo die Gehälter niedrig, die Ausbildung gut und das Investitionsklima stabil waren“, urteilte ein Autorenteam vom University College London. Die negativen Wirkungen für Lohnforderungen der Beschäftigten oder das Ringen um den Erhalt von Arbeitsplätzen waren unübersehbar.

Die Wirkung der hier angesprochenen Faktoren zeigt sich auch in der Reallohnentwicklung. Dazu Verdi-Vorsitzender Bsirske: „Wenn man sich die Reallohn-Entwicklung insgesamt ansieht, haben wir im Schnitt in den vergangenen zwölf Jahren einen Reallohn-Verlust von 0,7 Prozent. Doch aufgepasst! Laut DIW hatte das oberste Zehntel der Beschäftigten von 1999 bis 2009 einen Lohnzuwachs von 16,6 Prozent, während die Löhne des untersten Zehntels um 9,6 Prozent schrumpften. Je niedriger das Lohnniveau, umso ausgeprägter sind die Reallohn-Verluste.“ (13) Teile und herrsche erweisen sich als übliche Praxis auch in der Lohnpolitik.

## **Armut programmiert**

Das schon erwähnte Hartz IV-System erweist sich für die Betroffenen als „Zubringer“ zur Armut. Seit Beginn dieses Jahres ist der Regelsatz von 391 auf 399 Euro angehoben worden. Eine Farce, ja, ein empörender Akt neoliberaler Praxis in einem der reichsten Länder der Welt.

2014 hatte das Bundesverfassungsgericht deutliche Nachbesserungen bei der Bedarfsermittlung verlangt. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hatte eine Erhöhung des Regelsatzes auf 485 Euro für

erforderlich gehalten, um das sozialkulturelle Existenzminimum zu sichern. Die Bundesregierung denkt jedoch nicht daran, solchen berechtigten Erwägungen zu entsprechen. Der Sparkurs der Bundesregierung trifft vor allem die Schwächsten der Gesellschaft. Längst klopft die Armut an Millionen Türen Betroffener. An der Grenze zur Armut lebt bekanntlich, wer nur über 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügt. Als Armutsgrenze für eine alleinstehende Person gilt in Deutschland ein Einkommen von 979 Euro.

Zu den Schwächsten der Gesellschaft gehören Kinder: Die Hartz-IV-Gesetzgebung hat die Kinderarmut in Deutschland deutlich verschärft. Vor 10 Jahren trat diese Gesetzgebung in Kraft. „Die Zahl der betroffenen Kinder und Jugendlichen habe sich seither auf mehr als 2,8 Millionen mehr als verdoppelt“, befand das Deutsche Kinderhilfswerk (14).

Eine Schande für die Elite dieses Landes, in dem die Bundesregierungen immer wieder den Anschein erwecken wollen, als hätten sie die Menschenrechte gepachtet.

Als vor 70 Jahren der furchtbarste aller bisherigen Kriege zu Ende gegangen war, reflektierten sich die Hoffnungen der Völker in der Charta der Vereinten Nationen. In der UNO-Gründungsurkunde wurde die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und den „Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit“ zu bekräftigen. In dem im November 1989 erzielten „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ wird im Artikel 27 ausgesagt: „Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an.“

Die bundesdeutsche Wirklichkeit entspricht keineswegs den Hoffnungen und den Rechten eines großen Teils der Bevölkerung.

Bleiben wir noch bei der Kinderarmut. In der deutschen Hauptstadt Berlin lebt jedes dritte Kind von Hartz-IV. In einer von der Bertelsmann-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie heißt es: „Armut ist das

Risiko für die Entwicklung von Kindern. Dies gilt vor allem in der sehr sensiblen Altersphase bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres.“ An der Ruhr-Uni Bochum kamen Forscher nach gründlichen Analysen zu dem Schluss, dass Kinder aus Hartz-IV-Haushalten in allen untersuchten Bereichen wie der Konzentration, der Sprachkompetenz oder Hand-Augen-Koordination deutlich häufiger Defizite aufweisen als ihre Altersgenossen aus Familien ohne Hartz-IV. Bei der Zählkompetenz, die als wichtiger Indikator für spätere Mathe-Fähigkeiten gilt, wiesen sie sogar mehr als doppelt so häufig Rückstände auf. Markante Unterschiede fanden die Autoren auch bei musischen und sportlichen Aktivitäten.“ Die verbrieften Rechte des Kindes sind für so viele nicht gewährleistet.

Von Armut sind außerdem bedeutende Teile der Erwachsenen erfasst. Jeder fünfte Einwohner in Deutschland ist davon betroffen oder erfährt soziale Ausgrenzung. 2013 waren das 16,2 Millionen Menschen. Bei Alleinstehenden liegt die Armutsgefährdung bei 35,2 Prozent. Bei Arbeitslosen sind 69,2 Prozent von Armut bedroht. Die Zahl jener, die der Gruppe der sogenannten Working Poor angehören – das sind Geringverdiener – nimmt beständig zu.

Etwa 5,5 Prozent der Erwerbstätigen sind arm und mehr als acht Prozent der Selbständigen sind von Armut betroffen. (15)

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich millionenfach Leben in Not. Haushaltsbefragungen besagen: Hunderttausende konnten in den vergangenen Jahren ihre Miete nicht rechtzeitig bezahlen. Hunderttausende waren gezwungen, beim Heizen zu sparen. Hunderttausende können nur jeden zweiten Tag eine warme Mahlzeit zu sich nehmen. (16)

Hunderttausende aus den einkommensschwächsten Haushalten reicht das, was sie „zur Verfügung haben, eben nur fürs Überleben, nicht für Kino, Schwimmbad, Eisdielen, nicht für

Reisen, Instrumentalunterricht – und zunehmend auch nicht mehr für eine angemessene medizinische Versorgung“, wie der Paritätische Gesamtverband konstatierte.

---

15 <http://www.cecuc.de/armutsgrenze>

16 Junge Welt, 26. Januar 2015



Die hier dargelegten empörenden Wahrheiten lassen die Schlussfolgerung zu, dass für Millionen Altersarmut vorgezeichnet ist. Etwa jeder siebte Mensch über 65 Jahre ist schon bisher armutsgefährdet bzw. arm. Das ergibt sich aus der Tatsache, dass einer großen Zahl der rund 20 Millionen Rentner nur eine monatliche Rente unter 700 Euro zur Verfügung steht. In den kommenden Jahren ist die Zunahme von Altersarmut dadurch programmiert, dass in den neuen Bundesländern zunehmend mehr Menschen in Rente gehen, die infolge der Deindustrialisierung Ostdeutschlands Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit en masse erfahren haben. Schon 2013 bezogen hierzulande rund 962.000 Menschen Leistungen der sogenannten Grundsicherung unter ihnen eine halbe Million im Alter ab 65 Jahren.

Staatlicherseits wird eine Absenkung des Rentenniveaus praktiziert. Bis 2030 wird das Rentenniveau von gegenwärtig 48 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens heruntergefahren.

Bitterkeit muss auslösen, wenn gelegentlich in Publikationen „beklagt“ wird, dass „die Deutschen zu wenig für's Alter vorsorgen“. Purer Zynismus offenbart solche Betrachtungsweise. „Die“ Deutschen gibt es bekanntlich in diesem Sinne nicht. Die Reichen haben es gar nicht nötig, Vorsorge zu treffen. Der Deutsche Sparkassen und Giroverband (DSGV) stellte bei einer Umfrage fest, dass jeder Zweite sich Altersvorsorge überhaupt nicht leisten kann. Dieser Wert sei seit 2012 kontinuierlich gestiegen. DSGV-Präsident Fahrenschon zufolge „droht eine Erosion der Sparkultur in Deutschland. Die ohnehin bestehende Vermögensverteilung verschärft sich zunehmend. Er wies darauf hin, dass unter den niedrigen Zinsen vor allem Sparer mit kleinen Guthaben leiden. „Die Niedrigzinspolitik der vergangenen Jahre trägt zu einer Verschärfung der hohen Vermögensungleichheit in Deutschland bei“, kritisierte Fahrenschon.  
(17)

## Krise des politischen Systems

Von gravierenden Gerechtigkeitsdefiziten in Deutschland spricht Verdi-Vorsitzender Bsirske. Er zählt dazu: „Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg ist so eng wie in kaum einem anderen Industrieland. Die Frauen verdienen nach wie vor deutlich weniger als die Männer. Viele Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben, trotz Vollzeitarbeit. In Zukunft droht in Folge von Rentenniveauabsenkung und Anhebung des Rentenalters massenhaft Altersarmut und damit ein ganz großes Gerechtigkeitsproblem. Und die Vermögensverteilung ist krass ungleich...“ (18) Der Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Ulrich Schneider charakterisiert die BRD als „armutspolitisch tief zerklüftete Republik.“

Mit den Gerechtigkeitsdefiziten breiten sich Ängste bei Betroffenen aus. „Nur noch jeder fünfte Deutsche, so zeigen Umfragen des Alvensbach-Instituts, hält die wirtschaftlichen Verhältnisse hierzulande für 'gerecht'.“ (19) Nicht wenigen, die sich zur Mittelschicht zählen, fürchten um ihren sozialen Status.

Die krisenhafte Entwicklung in der EU paart sich mit den Krisen, die global durch die Weltordnungskriege der USA und NATO ausgelöst sind. Nicht nur über das „Auseinanderdriften westlicher Gesellschaften“ wird in Medien sinniert. Vom „Zerfall der internationalen Ordnung“ ist die Rede, und dass „Die Krise die ‚neue Realität‘“ sei.

In Deutschland haben zunehmende Unsicherheit, Ungerechtigkeit und Ungleichheit in der Gesellschaft zu unterschiedlichen Reaktionen bei Bürgerinnen und Bürger geführt. Nichtwähler wurden zur stärksten „Partei“. Der „Wutbürger“ profilierte sich. Einige tausend gingen rassistischen Hetzern in die Netze. Hetzern, die – wie gehabt – das „Abendland retten“ wollen, und die sich aus völkisch-nationalistischen Elementen, aus Sympathisanten, Anhängern und Mitgliedern von AfD und NPD rekrutieren.

---

18 Berliner Zeitung, 26./26. Oktober 2014

19 Der Spiegel, 43/2014

Ungerechtigkeit und Ungleichheit sind es oftmals auch, die junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren, mitunter auch Minderjährige, veranlassen, nach Syrien oder dem Irak zu gehen, um als Dschihadisten den Terror- und Mordbanden des IS zu dienen. 60 Prozent derer, die bisher diesen verhängnisvollen Weg gegangen sind, wurden in Deutschland geboren. Die Motive für den Schritt zum IS sind zweifellos vielschichtig und unterschiedlich. Oft liegt eine Sinn- oder Lebenskrise vor. Dadurch verursacht, dass sie sich in der eigenen Familie und im Land nicht heimisch und missverstanden fühlen. Dass Schule, Ausbildung oder Studium abgebrochen worden sind. Dass sie arbeitslos sind und in die Gesellschaft nicht integriert oder von ihr ausgegrenzt sind. Dass sie keine Perspektive für ihr Dasein sehen. Dass sie sich folglich radikalisieren. Nicht selten werden sie in dieser persönlichen Krisensituation Opfer religiöser Hassprediger. Mitunter erliegen sie Versprechungen und Verlockungen, Kameradschaft zu finden und sich im Leben bewähren zu können, Mitunter spielt auch Abenteuerlust eine Rolle.

Die krisenhafte Entwicklung im Kapitalismus berührt, wie zu sehen ist, in unterschiedlicher Weise die Menschen unterschiedlicher Klassen und Schichten. „Der Spiegel“ versucht die Situation in die Worte zu fassen: „So ist die Krise des Kapitalismus bereits zu einer Krise der Demokratie geworden.“ (20)

Die Ursachen dieser Krise, die sich zu einer regelrechten Legitimationskrise des Systems entwickelt hat, werden nicht genannt. Die Polarisierung der Gesellschaft, die hier beleuchtet wurde, bedeutet, dass die Reichen nicht nur immer reicher werden, sondern dass damit eine relativ kleine Gruppe der Gesellschaft auch immer mehr Macht in ihren Händen konzentriert. Sie nutzt diese Macht, um im Inneren ihre eigennützigen Interessen rücksichtslos gegen die übergroße Mehrheit des Volkes durchzusetzen. Nach Außen strebt sie – die Globalisierung des Interventionismus nutzend – danach, auch mit dem Einsatz der Bundeswehr ihre Hegemonieansprüche durchzusetzen. Gerade ist die Sparsamkeit predigende Bundesregierung dabei, den „Wehretat“ für das kommende Jahr um mindestens 1,2 Milliarden Euro aufzustocken.

---

20 ebenda

Papst Franziskus hat vor einiger Zeit Franz von Assisi zitiert: "Wer keinen Besitz hat, braucht keine Waffen, um ihn zu verteidigen." Er hat wohl darauf aufmerksam machen wollen, dass die Weiterentwicklung von Waffen, um Reichtum zu verteidigen und zu mehren, eine Einheit bilden. Und er hat , auf das herrschende Gesellschaftssystem gemünzt, dargelegt: "Nein zu einer Wirtschaft der Aus-schließung; Nein zur neuen Vergötterung des Geldes; Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen; Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt."

Man kann diese Mahnungen des Papstes auch als Kritik an der Verletzung und Missachtung der Menschenrechte verstehen, wie sie in der UN-Charta, in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in weiteren UN-Dokumenten fixiert sind. Man kann die Kritik auch verstehen als Ruf, die Bedingungen, unter denen Menschen und Völker leben, diesen Dokumenten entsprechend umzugestalten. Um des inneren wie des äußeren Friedens willen.